



ABTEILUNG ÖFFENTLICHKEITSARBEIT DER  
ÖSTERREICHISCHEN ÄRZTEKAMMER

## PRESSEKONFERENZ

Thema:

### **Ärztmangel? Ausbildungsgarantie statt Arbeitsverpflichtung für Jungärzte!**

Teilnehmer:

**OMR Dr. Johannes Steinhart**

Präsident der Österreichischen Ärztekammer

**Dr. Daniel von Langen, BSc**

ÖÄK-Vizepräsident und Obmann der Bundeskurie angestellte Ärzte (BKAÄ)

**Kim Haas, dr.med**

Obmann-Stellvertreterin der BKAÄ und Obfrau der Bundessektion Turnusärzte

**Anant Thind**

2. Stv. Vorsitzender der ÖH Med Wien

Zeit:

**Dienstag, 12. Mai 2026, 11 Uhr**

Ort:

**Österreichische Ärztekammer**

Weihburggasse 10-12, 1. Stock, Saal 3  
1010 Wien

## **Ärztmangel? Ausbildungsgarantie statt Arbeitsverpflichtung für Jungärzte!**

**Die ÖÄK zeigt auf, welche Folgen monatelange Wartezeiten auf Plätze in der ärztlichen Basisausbildung – dem ersten Abschnitt in der Facharztausbildung – für unsere Gesundheitsversorgung haben.**

„Die Wartelisten für Ausbildungsplätze in der ärztlichen Basisausbildung nach Abschluss des Medizinstudiums werden immer länger und sind inzwischen ein hochproblematischer Flaschenhals auf dem Weg zum Arztberuf. So laufen wir sehenden Auges in einen massiven Versorgungsnotstand“, beschreibt Johannes Steinhart, Präsident der Österreichischen Ärztekammer, die Ist-Situation im österreichischen Gesundheitssystem. „Wir brauchen jede Ärztin und jeden Arzt, und das möglichst schnell und ohne Hürden bei der Ausbildung.“

Schon jetzt gibt es in Österreich zu wenig Ärztinnen und Ärzte im öffentlichen System, die eine solidarische Gesundheitsversorgung aufrechterhalten können. Zusätzlich befindet sich das Gesundheitssystem mitten in einer Pensionierungswelle bei den Babyboomern, vor der die Österreichische Ärztekammer seit über 15 Jahren warnt – leider ohne damit geeignete Maßnahmen der Politik zu bewirken, sagt Steinhart: „Neben den 1.300 neuen Kassenstellen, die noch immer notwendig sind, muss auch die Ärzteknappeheit in den Spitälern aufgefangen werden – allein, die Spitalsträger lassen aufgrund von zu knappen Budgets die motivierten Jungärzte bei ihrer Basisausbildung hängen.“

Dabei gibt es laut aktueller Ärztestatistik immer mehr Ärztinnen und Ärzte – aber nicht im solidarischen Gesundheitssystem. Einer der Gründe dafür: „Unsere jungen Ärztinnen und Ärzte warten nach Abschluss des Medizinstudiums teilweise über ein Jahr darauf, die direkt anschließende neun Monate dauernde Basisausbildung in einem Spital antreten zu können. Andere erhalten eine Absage nach der anderen“, berichtet Daniel von Langen, ÖÄK-Vizepräsident und Bundeskurienobmann der angestellten Ärzte.

### **Mehr Ausbildungsplätze schaffen, Versorgung absichern**

Verantwortlich dafür sind die Spitalsträger, denn für Plätze für die Basisausbildung gibt es formal kein Limit. Der limitierende Faktor in den einzelnen Häusern sind die Dienstposten, die sich aus den Budgets ergeben. „Aber die meisten Häuser sind – mit wenigen Ausnahmen in der Peripherie – randvoll. Diese bizarren Wartezeiten zermürben die angehenden und hochmotivierten und um viel Geld bei uns ausgebildeten Medizinerinnen und Mediziner, die ja nur ihren Beruf ausüben wollen. Aber anstatt ihnen zusammen mit der Verleihung des Dokortitels einen Platz für die Basisausbildung anzubieten, macht man die Bewerbungsprozesse unnötig kompliziert und hat nichts anderes als den Hinweis ‚Bitte warten‘ für sie übrig, weil es zu wenige Plätze gibt“, erläutert von Langen. In Tirol, dort ist von Langen auch Kurienobmann der angestellten Ärzte, finden die Studentinnen und Studenten teilweise schon keinen Platz mehr für die Ausbildung im Klinisch-Praktischen-Jahr (KPJ) in der finalen Phase des Medizinstudiums. In anderen Bundesländern gibt es bereits ähnliche Entwicklungen – das kann auch Anant Thind von der Österreichischen Hochschüler\_innenschaft (ÖH Med Wien) berichten und unterstreichen. „Hier fehlen ebenso wie für die Basisausbildung die finanziellen Mittel – so wird unsere Gesundheitsversorgung kaputtgespart. Die Spitalsträger verstecken sich hinter ihren Budgetplänen anstatt in die Zukunft zu investieren“, so von Langen.

### **Frustrierende Situation**

Die ÖH Med Wien fordert rasche Maßnahmen gegen diesen massiven Flaschenhals in der ärztlichen Basisausbildung. Derzeit stehen jährlich mehr Absolventinnen und Absolventen des Medizinstudiums zur Verfügung, als Ausbildungsplätze vorhanden sind, mit gravierenden Folgen für das Gesundheitssystem. „Die aktuelle Situation rund um die Basisausbildung fühlt sich einfach extrem frustrierend an. Nach dem Studium ist man eigentlich bereit, endlich zu arbeiten, aber stattdessen wartet man beim Wiener Gesundheitsverbund teils bis zu 22 Monate, in Niederösterreich oft über ein Jahr. Und auch in anderen Bundesländern wie Oberösterreich, der Steiermark oder Kärnten nur Absagen, lange Wartelisten und teilweise Aussagen, dass Stellen schon bis Ende 2027

oder noch länger vergeben sind - das hört man von etlichen Studierenden“, berichtet Thind. „Eine so lange Zeit ohne fixen Job zu überbrücken, ist für viele kaum leistbar. Gleichzeitig ist es nicht einfach, eine Alternative zu finden, weil man jederzeit verfügbar sein muss, falls doch kurzfristig eine Stelle frei wird.“ In diesem Kontext erscheint vielen seiner Studienkollegen ein Wechsel nach Deutschland als zunehmend attraktive Option, da dort der direkte Einstieg in die klinische Ausbildung oft schneller möglich ist, unterstreicht Thind: „Es ist bedauerlich, dass gut ausgebildete Absolventinnen und Absolventen aufgrund struktureller Engpässe gezwungen sind, das Land zu verlassen, um ihre Ausbildung fortsetzen und jenen Beruf ausüben zu können, der ihnen eine Berufung ist.“

### **Sie wollen – dürfen aber nicht**

Für BKAÄ-Obmann-Stellvertreterin und ÖÄK-Turnusärztevertreterin Kim Haas sind dies „unfassbare Zustände“: „In Zeiten des latenten Ärztemangels darf es doch nicht sein, dass die, die wollen, nicht dürfen und auf Wartelisten versauern. Das gibt es in keinem anderen Berufsfeld“, betont Haas.

Ein Drittel der in Österreich ausgebildeten Medizinstudenten wird hier nie versorgungsrelevant. Gründe sind einerseits die Herkunft – viele gehen in die Heimat zurück – aber auch die vielerorts schlechten Arbeitsbedingungen für Ärztinnen und Ärzte in Basisausbildung – und die Wartezeiten. „Da brauchen wir uns nicht wundern, wenn uns die Ärzte ausgehen“, so Haas.

Da bringe es auch nichts, wie politisch immer wieder gefordert, nach mehr Studienplätzen im Medizinstudium zu rufen. „Das ist sinnlos und nicht durchdacht“, betont von Langen. „Das würde angesichts der beschriebenen Ist-Situation die Wartelisten nur noch länger machen – außer wir wollen ganz gezielt Jungärzte für das benachbarte Ausland produzieren. Deutschland etwa bildet Jahr für Jahr laut Expertenschätzungen rund 10.000 Ärztinnen und Ärzte zu wenig aus. Dort nimmt man die Absolventinnen und Absolventen aus Österreich mit Kusshand.“

### **Basisausbildung beibehalten**

Einige Politiker würden die Basisausbildung gerne abschaffen. Allerdings ist die Basisausbildung an sich nicht das Problem. Das hat die jüngste Ausbildungsevaluierung der Bundeskurie angestellte Ärzte gezeigt: Bis zu 80 Prozent der Ärzte in Ausbildung schätzen sie und wollen sie beibehalten – teils auf freiwilliger Basis. Das ist auch die Position der ÖÄK. „Die Basisausbildung ist ein wichtiger Schritt auf dem Weg zum Facharzt und wird positiv wahrgenommen. Der große Überblick über die ärztlichen Aufgaben und Tätigkeiten, den man hier vermittelt bekommt, sowie auch der Respekt für andere Abteilungen, mit denen man später eng zusammenarbeiten wird, sind von großem Wert“, unterstreicht Haas. Würde die Basisausbildung abgeschafft, würden sich die Wartezeiten nochmals verschärfen, weil die Ausbildungsstellen für Fachärzte beschränkt sind. Damit hätte man dann weniger Ärzte in Ausbildung und die Arbeit - zum Beispiel Nachtdienste - würde sich auf weniger Schultern verteilen. „Über Alternativmodelle können wir aber gerne diskutieren“, führt Haas weiter aus. Jenen Ausbildungsärzten, die die Basisausbildung nicht freiwillig absolvieren möchten, könnten beispielsweise diese neun Monate als Teil der Sonderfachausbildung oder Sonderschwerpunktausbildung in der Facharztausbildung zugeschlagen werden.

### **Ausbildung ist kein Hobby**

„Ausbildung? Keine Zeit!“ – genau dieses Szenario muss im Arbeitsalltag von Spitalsärzten verhindert werden. „Dafür setzen wir uns ein, rennen aber oft gegen große Hürden“, berichtet Haas. „Ich kämpfe dafür, dass Ausbildung genauso wichtig genommen werden muss, wie eine wichtige OP. Erklären braucht Zeit. Wie sollen wir in Zukunft eine qualitativ hochwertige Versorgung unserer Patientinnen und Patienten garantieren, wenn gar keine Ausbildung stattfindet oder die jungen Kolleginnen und Kollegen nur als Systemhalter in den Abteilungen eingesetzt werden?“ Die Bundeskurie angestellte Ärzte fordert daher seit Jahren an jeder Abteilung, an der ausgebildet wird, mindestens einen eigenen Ausbildungsobersarzt. Flächendeckend sei das in Österreich leider noch immer nicht umgesetzt. „Ausbildung darf von den Spitalsträgern nicht als Hobby unserer Ärztinnen und Ärzte betrachtet werden. Wir wissen, dass die Ausbildung für die jungen Ärztinnen und Ärzte

extrem wichtig ist und dass viele jederzeit bereit sind, in ein anderes Land zu gehen, wenn dort die Ausbildung und die Karrierechancen besser sind“, sagt Haas. „Einer der wichtigsten Faktoren für die Auswahl des künftigen Arbeitsplatzes ist eine gute Ausbildung.“

### **Basisausbildung und KPJ besser abstimmen – mit Expertise der Ärzte**

Seitens der Bundeskurie wäre außerdem eine bessere Abstimmung der in der Basisausbildung und im Klinisch-Praktischen Jahr (KPJ) im Rahmen des Studiums vermittelten Inhalte wünschenswert und zielführend. Die Bundesregierung hingegen sieht die Lösung derzeit darin, Teile des KPJ für die Basisausbildung anrechenbar zu machen, um diese zu verkürzen. „Die Umsetzung dieser im Detail unklaren Pläne tritt mit Juni 2026 in Kraft, also in wenigen Wochen. Ich denke, es wäre besser, KPJ und Basisausbildung so wie bisher beizubehalten, letzteres eben unter Umständen auf freiwilliger Basis. Eine Anrechenbarkeit von KPJ-Inhalten für die Basisausbildung ist derzeit aus ärztlicher Sicht nicht sinnvoll, da die Inhalte und die Art, wie Studenten bzw. Ärzte arbeiten, nicht vergleichbar sind. Außerdem wäre eine Anrechenbarkeit sowohl EU-rechtlich als auch arbeitsrechtlich bedenklich“, sagt von Langen. „Wenn eine Anrechnung trotzdem möglich gemacht werden soll, sollte sehr rasch auf den Tisch, von welchen Inhalten und Studienzeiten wir hier sprechen – und es wäre auch notwendig und sinnvoll, wenn man uns dabei einbinden würde.“

### **Motivierte Ärzte, demotivierende Politik**

Keine Plätze für die Ausbildung, zu wenig Zeit für die Ausbildung und keine notwendigen finanziellen Mittel für die Ausbildung – die Frustration unter den jungen Ärztinnen und Ärzten in Österreich ist groß. Und das trotz des über allem schwebenden Damoklesschwerds des Ärztemangels in der öffentlichen Gesundheitsversorgung in Österreich. All das lässt die immer wieder aufkommende Diskussion über eine Verpflichtung zum ärztlichen Tätigwerden im öffentlichen Gesundheitsbereich nach dem Studium zynisch wirken, unterstreicht Steinhart: „Wenn die Politik öffentlich immer wieder davon träumt, unsere jungen Ärztinnen und Ärzte zu verpflichten, nach der Ausbildung einige Jahre als ‚Solidarbeitrag‘ im öffentlichen Gesundheitssystem arbeiten zu müssen, wächst der Frust ins Unendliche. Eine Zwangsverpflichtung von Medizinabsolventen ist absurd und keine Antwort auf die Unterfinanzierung im Gesundheitswesen.“

Derartige Forderungen der Politik würden nur von deren eigenen Versäumnissen ablenken. „Die chronische Unterfinanzierung des Gesundheitssystems muss dringend gestoppt werden. Es müssen die Arbeitsbedingungen der Ärzteschaft verbessert und das System nachhaltig gestärkt werden – diese Versäumnisse können doch nicht durch eine Arbeitsverpflichtung junger Menschen kompensiert werden, noch dazu wo junge Mediziner arbeiten wollen, man sie aber vielfach nicht lässt. Eine solche Verpflichtung lehnen wir strikt ab, sie bringt gar nichts und ist auch rechtlich fragwürdig“, ergänzt Steinhart. „Diese Verpflichtungsfantasien zeigen eine ausgeprägte Realitätsverweigerung, wenn man die Wartezeiten auf Ausbildung in einem öffentlichen Spital betrachtet. Es wird Zeit, hier den Hebel anzusetzen. Jede Absolventin und jeder Absolvent muss sofort in die Basisausbildung starten können, dann wäre unserem solidarischen Gesundheitssystem schon in vielerlei Hinsicht, geholfen. Gerne dann auch mit ‚echten‘ 40 Stundenwochen für Spitalsärzte und ohne die derzeit gängigen, ‚selbstverständlichen‘ Mehrstunden. Wenn genug Schultern da sind, auf die sich die ärztliche Leistung verteilen kann, sollte das möglich sein“, sagt Steinhart abschließend.